L 8 R 539/23

Sozialgerichtsbarkeit Bundesrepublik Deutschland

Land	Niedersachsen-Bremen
Sozialgericht	Landessozialgericht Nordrhein-Westfalen
Sachgebiet	Rentenversicherung
Abteilung	8
Kategorie	Beschluss
Bemerkung	-
Rechtskraft	-
Deskriptoren	-
Leitsätze	-
Normenkette	-

1. Instanz

Aktenzeichen	L 8 R 539/23
Datum	17.01.2024

2. Instanz

Aktenzeichen	L 8 R 104/24 RG
Datum	12.03.2024

3. Instanz

Datum	-
-------	---

Die Anhängungsanlage des Klägers gegen den Beschluss des Senats vom 17.01.2024 [L 8 R 539/23](#) wird als unzulässig verworfen.

Â

Außergerichtliche Kosten sind nicht zu erstatten.

Gründe

I.

Â

Der Kläger wendet sich mit der am 08.02.2024 eingegangenen Anhängungsanlage gegen den Beschluss des Senats vom 17.01.2024 [L 8 R 539/23](#). Mit diesem ist die Berufung nach Anhörung der Beteiligten gemäß [Â§ 153 Abs. 5](#) des Sozialgerichtsgesetzes (SGG) dem Berichterstatter übertragen worden, der zusammen mit den ehrenamtlichen Richtern entscheidet.

Â

Zur Begründung seiner Rüge führt der Kläger im Schreiben vom 04.02.2024 aus, dass ihm Schwierigkeiten und Kosten bereitet würden. Unter Vorsetzung einer sachgerechten Rechtsanwendung werde ihm kein rechtliches Gehör gewährt. Gegen die gemeinschaftliche rechts- und verfassungswidrige Vorgehensweise mache er nochmals Gebrauch von [Art. 20 Abs. 4](#) Grundgesetz (GG), dem Recht zum Widerstand gegen dieses Rechtssystem.

Â

Â

II.

Â

Die Anführungsregel des Klägers ist unzulässig und daher gem. [Â§ 178a Abs. 4 S. 1 SGG](#) zu verwerfen.

Â

Nach [Â§ 178a Abs. 1 S. 1 SGG](#) ist auf die Rüge eines durch eine gerichtliche Entscheidung beschwerten Beteiligten das Verfahren fortzuführen, wenn ein Rechtsmittel oder ein anderer Rechtsbehelf gegen die Entscheidung nicht gegeben ist (Nr. 1) und das Gericht den Anspruch dieses Beteiligten auf rechtliches Gehör in entscheidungserheblicher Weise verletzt hat (Nr. 2). Die Rüge muss nach [Â§ 178a Abs. 2 S. 5 SGG](#) die angegriffene Entscheidung bezeichnen und das Vorliegen der in Abs. 1 S. 1 Nr. 2 genannten Voraussetzungen darlegen. Gegen eine der Endentscheidung vorausgehende Entscheidung findet die Rüge nicht statt ([Â§ 178a Abs. 1 S. 2 SGG](#)).

Â

Der erforderlichen Darlegung ist nicht bereits dann Genüge getan, wenn ein Antragsteller bzw. eine Antragstellerin der Entscheidung des Gerichts mit der Behauptung entgegnet, es habe eine Gehörsverletzung stattgefunden. Vielmehr bedarf es einer in sich schlüssigen Darstellung, dass (trotz der engen Grenzen des Prozessgrundrechts) eine Verletzung des rechtlichen Gehörs in entscheidungserheblicher Weise vorliegt (vgl. z.B. BSG Beschl. v. 07.01.2016 [â B 9 V 4/15 C](#) [â juris](#) Rn. 8 m.w.N.). Zumindest sind im Wege einer eigenständigen Auseinandersetzung schlüssig die Umstände aufzuzeigen, aus denen sich die Verletzung des rechtlichen Gehörs durch das Gericht ergibt (vgl. z.B. BSG Beschl. v. 28.09.2017 [â B 10 A G 18/17 C](#) [â juris](#) Rn. 5 m.w.N.). Das Verfahren der Anführungsregel dient nicht dazu, das Gericht unabhängig vom Vorliegen eines Gehörsverstosses zur Überprüfung einer dem Rechtsmittelführer unangenehmen bzw. ungenahmen Rechtsauffassung zu veranlassen (vgl. z.B. BSG Beschl. v. 11.09.2009 [â B 6 KA 1/09 C](#) [â juris](#) Rn. 9).

Â

Der Senat kann dahingestellt lassen, ob es sich bei seinem Beschluss zur Übertragung der Zuständigkeit auf den Berichterstatter nicht bereits um eine der Antragsränge gem. [Â§178a Abs. 1 S. 2 SGG](#) nicht zugängliche Zwischenentscheidung handelt. Jedenfalls fehlt es an einem hinreichenden Vortrag des Klägers zu einer Gehaltsverletzung. Umstände, die eine solche aufzeigen könnten, hat der Kläger nicht benannt, sondern vielmehr einen Gehaltsverstoß lediglich pauschal behauptet.

Â

Lediglich ergänzend weist der Senat darauf hin, dass die Antragsränge auch unbegründet ist.

Â

Ein Verstoß gegen den Anspruch auf rechtliches Gehört setzt voraus, dass ein Beteiligter nicht hinreichend Gelegenheit gehabt hat, sich zu dem zugrundeliegenden Sachverhalt zu äußern und dadurch die Willensbildung des Gerichts zu beeinflussen (vgl. z.B. LSG NRW Beschl. v. 17.10.2012 [L 11 SF 126/12 AB RG](#) juris Rn. 6 m.w.N.). Dafür ist insbesondere im Hinblick auf die Anknüpfung des Senats im Antrags schreiben vom 14.12.2023 nichts ersichtlich.

Â

Die Kostenentscheidung beruht auf einer entsprechenden Anwendung des [Â§ 193 SGG](#).

Â

Der Beschluss ist unanfechtbar ([Â§ 178a Abs. 4 Satz 3 SGG](#)).

Â

Erstellt am: 10.04.2024

Zuletzt verändert am: 23.12.2024